

Volksinitiative Mehr Demokratie beim Wählen

Mehr Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger



**MEHR
DEMOKRATIE
BEIM
WÄHLEN**

Trägerin der Volksinitiative:

Bündnis

„Mehr Demokratie beim Wählen“

c/o Mehr Demokratie e.V.

Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin

Telefon 030-42082370 | www.besseres-wahlrecht.de

**Bitte zurückschicken bis
Ende September 2008**

Volksinitiative (wesentlicher Inhalt):

1. Bundesratsinitiative für ein kommunales und landesweites Ausländerwahlrecht
2. Senkung der Sperrklausel auf 3 % der abgegebenen gültigen Stimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus
3. Abschaffung der Sperrklausel bei den Wahlen zu den BVVn
4. Senkung des aktiven Wahlalters bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre

Wichtiger Hinweis:

Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterschrift **16 Jahre** alt sind und an diesem Tag mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung in Berlin im Melderegister verzeichnet sind. Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterstützung ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Diese Unterschriftenliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

¹ Durch das Ankreuzen des Feldes „Weiter informieren“ wird eingewilligt, weitere Informationen zum Verlauf der Volksinitiative zu erhalten. Die Eintragungen verbleiben bis zum Abschluss der Volksinitiative bei der Trägerin, werden allein zu diesem Zweck verwendet und nicht an Dritte weitergegeben.

Ich unterstütze die Volksinitiative! Bitte vollständig und in **Blockschrift** ausfüllen!

	Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum	Anschrift <small>Im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschrift</small>	Datum	Weiter informieren ¹	Unterschrift	gültig*	ungültig*
Lfd. Nr. 1	FAMILIENNAME VORNAME(N)	GEBURTSDATUM -- . -- . --	STRASSE, HAUSNR. POSTLEITZAHL 1 _ _ _ _ _ BERLIN	TAG DER UNTERSCHRIFT -- . -- . 08		UNTERSCHRIFT		
Lfd. Nr. 2	FAMILIENNAME VORNAME(N)	GEBURTSDATUM -- . -- . --	STRASSE, HAUSNR. POSTLEITZAHL 1 _ _ _ _ _ BERLIN	TAG DER UNTERSCHRIFT -- . -- . 08		UNTERSCHRIFT		
Lfd. Nr. 3	FAMILIENNAME VORNAME(N)	GEBURTSDATUM -- . -- . --	STRASSE, HAUSNR. POSTLEITZAHL 1 _ _ _ _ _ BERLIN	TAG DER UNTERSCHRIFT -- . -- . 08		UNTERSCHRIFT		
Lfd. Nr. 4	FAMILIENNAME VORNAME(N)	GEBURTSDATUM -- . -- . --	STRASSE, HAUSNR. POSTLEITZAHL 1 _ _ _ _ _ BERLIN	TAG DER UNTERSCHRIFT -- . -- . 08		UNTERSCHRIFT		
Lfd. Nr. 5	FAMILIENNAME VORNAME(N)	GEBURTSDATUM -- . -- . --	STRASSE, HAUSNR. POSTLEITZAHL 1 _ _ _ _ _ BERLIN	TAG DER UNTERSCHRIFT -- . -- . 08		UNTERSCHRIFT		

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen! **Amtliche Bescheinigung:** Bezirksamt _____ von Berlin – Bezirkswahlamt –

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. ist nicht unterschriftsberechtigt, weil _____

Begründung in Kurzform

Dienstsiegel

Im Auftrag _____

Volksinitiative Mehr Demokratie beim Wählen!

Wahlen sind in unserer Demokratie das zentrale Instrument, um auf Politik Einfluss zu nehmen. Dabei entscheidet die Ausgestaltung des Wahlrechts selbst, wie viel Mitbestimmungsmöglichkeiten den Bürgerinnen und Bürgern eingeräumt werden.

Das Berliner Wahlrecht bietet ausgesprochen wenig Einflussmöglichkeiten. Aufgrund hoher Sperrklauseln auf der Bezirks- und Landesebene bleiben zahlreiche Stimmen unberücksichtigt. Darüber hinaus können viele Berlinerinnen und Berliner gar keinen Einfluss geltend machen, da sie kein Wahlrecht besitzen.

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, dass unsere Vorschläge dem Abgeordnetenhaus zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Unterschreiben auch Sie für ein besseres Wahlrecht für Berlin!



**MEHR
DEMOKRATIE
BEIM
WÄHLEN**

*Mehr Einfluss für
Bürgerinnen und Bürger*

1. Bundesratsinitiative für ein kommunales und landesweites Ausländerwahlrecht

Viele Menschen leben seit Jahrzehnten in Berlin bzw. sind hier geboren, werden jedoch aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit vom Wahlrecht ausgeschlossen, da sie weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines EU-Landes besitzen. Diese Menschen zahlen Steuern und unterliegen nahezu den gleichen Pflichten wie Deutsche. In einer Demokratie sollten die von Entscheidungen Betroffenen auch die Möglichkeiten haben daran mitzuwirken. Diese Menschen besitzen nicht nur kein Wahlrecht, sondern sind ebenso von der direktdemokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen.

Wir fordern das passive und aktive Wahlrecht für Nichtdeutsche bei einem Mindestaufenthalt von fünf Jahren. Dies kann zwar nur bundesweit über eine Grundgesetzänderung eingeführt werden, aber das Land Berlin kann dazu im Bundesrat aktiv werden.

Das Wahlrecht soll sowohl für die kommunale als auch für die Landesebene gelten.

2. Senkung der Sperrklausel auf 3 % der abgegebenen gültigen Stimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Aufgrund der 5%-Sperrklausel bleiben zahlreiche Stimmen unberücksichtigt. Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus fielen ca. 190.000 Stimmen unter den Tisch. Diese Menschen werden im Abgeordnetenhaus nicht vertreten. Darüber hinaus wirken sich Sperrklauseln auch auf das Wahlverhalten aus. So neigen viele Wählerinnen und Wähler entgegen ihrer Vorlieben dazu, etablierte Parteien zu wählen, aus Angst, ihre eigentlich bevorzugte Partei könnte an der Sperrklausel scheitern.

Wir schlagen die Absenkung der Sperrklausel auf Landesebene auf 3 % vor. Somit werden erheblich mehr Wählerinnen und Wähler im Parlament repräsentiert. Die moderate Absenkung auf 3 % sorgt dafür, dass eine vernünftige Regierungsbildung weiterhin erhalten bleibt.

Das Wahlrecht sollte sich möglichst neutral gegenüber den zugelassenen Parteien verhalten. Es ist nicht der Ort, um Rechtsextremismus zu bekämpfen. Sperrklauseln schließen nicht nur rechte sondern alle kleinen Parteien aus und behindern somit den erforderlichen Wettbewerb zwischen den Parteien.

Wie in allen übrigen Bundesländern sollen zur Berechnung der Sperrklausel nur die gültigen Stimmen herangezogen werden. Bisher wurden auch ungültige Stimmen mitgezählt.

3. Abschaffung der Sperrklausel bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen

Auch bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen bleiben zahlreiche Stimmen unberücksichtigt.

Auf der Bezirksebene fordern wir die Abschaffung der 3%-Hürde. Zu beachten ist hier, dass eine Partei weiterhin 1,4 % der Stimmen benötigt, um ein Mandat zu erlangen.

4. Senkung des aktiven Wahlalters bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre

Bisher dürfen Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren nur an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen. Zum einen ist es inkonsequent, ihnen diese Reife auf Bezirksebene einzuräumen und auf Landesebene abzusprechen. Zum anderen werden gerade auf der Landesebene die wichtigen Entscheidungen getroffen. Oftmals werden Menschen erst dann von der Politik ernst genommen, wenn sie als potentielle Wählerinnen und Wähler wahrgenommen werden.

Wir fordern die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Da Abgeordnete die volle Geschäftsfähigkeit besitzen müssen, bleibt das passive Wahlalter bei 18 Jahren.

Weitere Informationen und den vollständigen Wortlaut der Volksinitiative finden Sie im Internet unter: www.besseres-wahlrecht.de